

# Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands  
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis: vierteljährlich 800 Mark, unter Kreuzband 400 Mark  
Eingetragen in die Postzeitungsliste. Redaktionsschluss Montag früh 8 Uhr

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Nichtenberg  
Redaktion und Expedition: Berlin D 27, Schillerstraße 6  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW 68

Inserionspreis  
Für Geschäftsanzeigen: die sechsgespaltene Nonpareilzeile 200 Mark  
Gratulationen die Zeile 60 Mark, für Todesanzeigen die Zeile 40 Mark.

## Verminderung der Beitragsmarkensorten.

Um eine Herabminderung der Markensorten herbeizuführen, wird nachstehendes angeordnet:

Von einem Wocheneinkommen von 20 000 Mk. aufwärts werden nunmehr von je 1000 Mk. Mehreinkommen 16 Mk. Beitrag erhoben. Der Wochenbeitrag beträgt somit bei einem Wocheneinkommen

über 21 000 Mk.	336 Mk.
22 000 "	352 "
23 000 "	368 "
24 000 "	384 "
25 000 "	400 "
26 000 "	416 "
27 000 "	432 "
28 000 "	448 "
29 000 "	464 "
30 000 "	480 "

Der nächst höhere Beitragsfuß ist dann zu entrichten, wenn die Einkommensgrenze um 500 Mk. überschritten wird. Es ist somit z. B. bei einem Wocheneinkommen von 21 500 Mk. ein Wochenbeitrag in Höhe von 352 Mk. fällig.

Die Beitragsmarken, welche infolge Steigens der Lohnsätze auf Grund der Beitragsregeln nicht mehr verwendet werden dürfen, sind stets an den Verbandsvorstand zurückzuschicken und neue Beitragsmarken zu bestellen.

Die infolge dieser Neuordnung fortgefallenen Markensorten werden nicht mehr verhandelt.

Die richtige Beitragszahlung liegt im Interesse der Mitglieder. Jede nicht richtige Bemessung des Verbandsbeitrages rächt sich früher oder später an den Beitragszahlern selbst. Alle Ortsvereinsvorstände müssen darauf sehen, daß auch alle Mitglieder jederzeit den ihrem Verdienst entsprechenden richtigen Beitrag zahlen.

Der Verbandsvorstand.

## Alkohol und Abstinenz.

VII.

### Die Weinindustrie.

Mit Ausnahme von einigen kleineren isoliert liegenden Gebieten in den Regierungsbezirken Frankfurt a. d. O. und Pommern, in den Kreisen Liebenwerda, Schweidnitz und Wittenberg, ferner im Saale- und Unstruttal, wo der Weinbau mehr für den örtlichen Gebrauch betrieben wird, beschränkt sich die deutsche Weinproduktion auf das Stromgebiet des Rheins vom Bodensee bis Bonn mit zahlreichen Verzweigungen in die Seitentäler, besonders tief hinein in die Flußläufe des Neckars und seiner Nebenflüsse, des Mains, der Tauber, der Nahe, Mosel und Uhr. Im Jahre 1913 umfaßte der deutsche Weinbau eine im Ertrag stehende Fläche von 118 600 Hektar. 28 437 Hektar Weinberge, fast ausschließlich auf Elfaß-Lothringen entfallend, sind durch den Friedensvertrag verlorengegangen. 1921 umfaßte der deutsche Weinbau noch 73 841,4 Hektar Rebensfläche. Auf die einzelnen deutschen Weinländer entfallen davon:

auf Preußen . . . . .	16 515,9 Hektar
" Bayern . . . . .	19 414,7 "
" Württemberg . . . . .	10 814,8 "
" Baden . . . . .	13 243,0 "
" Hessen . . . . .	13 853,0 "

Die im Ertrag stehende Rebensfläche des übrigen Deutschland ist hier nicht mit einbegriffen, sie betrug 1915 nur 153 Hektar. Gegenüber den anderen Weinbauländern Europas, mit Ausnahme von Oesterreich, steht Deutschland weit hinten an. So betragen nach den neuesten Statistiken die Weinbauflächen in

Frankreich ohne Elfaß-Lothringen	1 560 090 Hektar
Italien einschließlich Südtirol	4 300 000 "
Spanien	1 831 863 "
Griechenland	355 764 "
Portugal	316 120 "
Ungarn	212 600 "
Oesterreich	36 836 "

Auch im Ertrag pro Hektar steht Deutschland gegenüber den anderen Ländern weit zurück, weil dort die Entwicklungsbedingungen für den Weinbau weit günstiger sind. Nichtsdestoweniger ist der Weinbau in Deutschland von großer volkswirtschaftlicher und finanzieller Bedeutung. Der Ertrag an Weinmost betrug im Deutschen Reich

1910: 846 139 hl im Werte von	58,3 Mill. Mk.
1911: 2 922 886 " " " "	178,3 " "
1912: 2 019 892 " " " "	94,4 " "
1913: 1 004 947 " " " "	48,4 " "
1914: 921 198 " " " "	41,7 " "
1915: 2 698 917 " " " "	150,7 " "
1916: 1 076 111 " " " "	150,8 " "
1917: 1 956 039 " " " "	647,1 " "
1918: 2 250 763 " " " "	655,2 " "
1919: 1 741 255 " " " "	1 114,8 " "
1920: 2 440 188 " " " "	2 349,2 " "
1921: 1 754 916 " " " "	2 204,7 " "

Dem Werte des Weines sind die Herbstpreise zugrunde gelegt, der tatsächliche Wert ist erheblich höher; in den hohen Zahlen der letzten drei Jahre spiegelt sich die Geldentwertung wider. Interessant ist, wenn man den Erntewert des Weinmostes mit dem der wichtigsten Feldfrüchte vergleicht. In Rheinhessen betrug im Durchschnitt der Jahre 1909/13 der Erntewert des Roggens mit einer Anbaufläche von 23 000 Hektar 10,4 Millionen Mark, der Kartoffel mit 15 000 Hektar 10,6 Millionen Mark, dagegen des Weinmostes mit 12 000 Hektar 14,1 Millionen Mark.

Die Steuereinnahmen, die das Reich aus dem Wein nach dem Weinsteuergesetz vom 26. Juli 1918, gültig ab 1. September 1918, erzielte, wonach der Wert des Weines, der zum Verbrauch im Inland bestimmt ist, eine Abgabe von 20 Proz. zu erheben ist, betrug:

1918 (an Nachsteuer) . . . . .	43 Mill. Mk.
1919/1920 April-März . . . . .	435,9 " "
1920/1921 " " " " . . . . .	638,5 " "
1921/1922 " " " " . . . . .	862,6 " "

Auch hier sehen wir, daß bei einem Verbot der Weinproduktion dem Reiche ungeheure Summen entgehen würden, die fließen aus dem Ertrag eines Bodens, der zu anderen landwirtschaftlichen Zwecken kaum oder überhaupt nicht verwendbar ist. Hierzu kommen noch, wie auch bei anderen Gebrauchsartikeln, die Summen der Umsatzsteuer usw.

Ueber die im Weinbau und in der Weinindustrie beschäftigte Zahl der Arbeiter haben wir keine bestimmte Nachweisung. Bei den Berufszählungen werden die Arbeiter im Weinbau unter der Hauptgruppe „Landwirtschaft“ mitgezählt. Würde man die Zahl der Arbeiter pro Hektar Anbaufläche in Parallele stellen mit der Landwirtschaft, so kämen wir auf rund 39 000 im Weinbau Beschäftigte einschließlich Angehörige. Diese Zahl ist ermittelt nach der Berufszählung 1907, die 16 920 671 Personen in der Landwirtschaft aufwies, wovon durch den Friedensvertrag 2 333 372 Personen in Abgang kamen, davon 0,268 Prozent, gleich der Weinbaufläche gegenüber der Landwirtschaft. Aber die Zahl der im Weinbau Tätigen ist weit größer als im Durchschnitt der Landwirtschaft, weil der Weinbau mehr Arbeit erfordert. Von sachverständiger Seite werden im Durchschnitt für die Bebauung von 1 1/4 Hektar Weinbergsgelände im Jahr 1 männliche und 1 weibliche Arbeitskraft benötigt. Somit kämen wir bei 73 841 Hektar Weinbaufläche im Jahre 1921 auf allein 118 144 Berufstätige im Weinbau, außer den Angehörigen. Im Weinhandel einschließlich Spirituosenhandel waren nach der Berufszählung von 1907 in den rund 10 000 Betrieben rund 36 000 Personen beschäftigt. Dazu kommen noch, ebenso wie in der Brauindustrie und der Branntweinindustrie, die Neben- und Anschlussgewerbe, die Fabriken, die Geräte für den Weinbaubetrieb, die Lagerung, die Weinbehandlung und den Weinvertrieb herstellen.

Also großer Steuerausfall für das Reich, weit über 150 000 Erntezinsen mit ihren Angehörigen, ungeheure Einkommensteuerausfälle und dito Summen für Erwerbslosenunterstützung, auch in der Weinindustrie, wären die Folgen des Wunsches der Abstinenzler: auf Verbot des Alkohols.

## Friedlose Wirtschaft.

Der Friedensbruch Frankreichs und Belgiens, der mit der Besetzung des Ruhrgebietes erfolgt ist, bedroht die gesamte deutsche Wirtschaft mit dem Zustand der Friedlosigkeit. Die wichtigsten Quellen der deutschen Kohlen- und Rohstoffherzeugung, wertvollste Gebiete der verarbeitenden Industrie kommen in die Hand des Gegners, der zwar behauptet, lediglich den Friedensvertrag erfüllen zu wollen, in Wirklichkeit aber damit annexionsistische Ziele verfolgt. Die Vereinigung der rheinisch-westfälischen Kohle mit Frankreichs riesigen Erzlagern zur einem gewaltigen Montantrust ist seit jeher der Traum der imperialistischen Politiker diesseits und jenseits der deutschen Westgrenze gewesen. Rücksichtslos hat Frankreich sie seit der Unterzeichnung des Versailler Diktats angetreten. Die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth hat es verhindert, daß sich die französischen Annexionspläne unter Zustimmung Englands und der Vereinigten Staaten durchzusetzen vermochten. Der Augenblick, in dem Frankreich zur bewaffneten Aktion schritt, brachte auch den Trennungsstich zwischen der romanischen Entente, die Frankreich, Belgien, Italien und ihre Vasallenstaaten umfaßt, und ihren ehemaligen Kriegverbündeten, den Engländern und Amerikanern. So liegt die Sache weltgeschichtlich gesehen. Für Deutschland aber, das nun schon seit Jahren auf einen Ausgleich der internationalen Gegensätze hinarbeitet, ergibt sich die Aussicht, daß es noch lange Monate, vielleicht Jahre hindurch, der leidende Teil dieser Politik sein wird.

Frankreich marschiert in das Ruhrgebiet in der Absicht, aus den dortigen Industrieunternehmungen, aus der Produktion und aus dem Export diejenigen Einnahmen zu gewinnen, die nicht nur den verschwerdlichen Aufwand der Besatzungstruppen bezahlen, sondern darüber hinaus noch laufende Einnahmen von mindestens einer Milliarde Goldmark sichern. In der amtlichen Note, die der deutschen Regierung übergeben worden ist, spielt die Ueberwachung des Kohlenyndikats eine große Rolle. Dieses hat sich der fremden Kontrolle durch die Verlegung seines Sitzes von Essen nach Hamburg entzogen. Das war ein unerwarteter und zweifellos politisch geschickter Streich. Das Kohlenyndikat mit seiner umfassenden Absatz- und Transportorganisation beherrscht fast 70 Proz., genau 68,82 Prozent der deutschen Steinkohlenförderung im Jahre 1921. Sein Anteil hat sich noch dadurch erhöht, daß inzwischen ein wesentlicher Teil Oberschlesiens an Polen abgetreten werden mußte. Von den 136,2 Millionen Tonnen Steinkohlen, die im Jahre 1921 gefördert worden sind, entfielen 93,7 Millionen Tonnen auf Syndikatszweigen. Die Lieferungen an die Entente, die auf Reparationskonto erfolgt sind, wurden zu mehr als 3/4 vom Kohlenyndikat abgewickelt. Im Rechnungsjahr 1921 gingen an die Entente 40,7 Millionen Tonnen Kohle, wovon rund 32 Millionen Tonnen auf das Syndikat entfielen. Die Verteilung der Liefermengen auf die einzelnen Werke und der reibungslose Abtransport konnte nur im Rahmen des deutschen Gesamtkohlenprogramms erfolgen, zu dessen Ausführungsorganen das Kohlenyndikat gehörte. Das französische Ingenieurkomitee, das jetzt unter Bedeckung einiger Armeekorps das ganze Ruhrgebiet besetzt hat, hat aber die Aufgabe, in erster Linie die Reparationsfachlieferungen sicherzustellen, in zweiter Linie aber für eine ausreichende Versorgung der besetzten Gebiete zu arbeiten. Diese einseitige Orientierung der fremden Machthaber kennt natürlich eine Rücksicht auf die verbrauchende Industrie, auf die Eisenbahn, auf die Gas- und Elektrizitätswerke und auf den Hausbrand des unbesetzten Gebietes nicht. Sie fällt damit von selbst außerhalb des Kohlenprogramms, das bei der verringerten Kohlendecke Deutschlands unbedingt von zentraler deutscher Stelle aus, also dem Reichskohlenkommissar, geleitet werden muß. Das Komitee hat sogar die Pflicht, entgegen den Interessen des deutschen Kohlenmarktes zu handeln. Das geht aus den Umständen hervor, unter denen es entstanden ist. Hatte doch die Mehrheit der Reparationskommission die schuldhaftige Verfehlung Deutschlands in den Kohlenlieferungen, die den Vorwand zur Besetzung

des Ruhrgebietes liefern mußte, festgestellt, obwohl Deutschland, um überhaupt Reparationskohlenlieferungen durchführen zu können, ausländische Kohle nicht nur für die Industrie, sondern auch für seine eigenen Eisenbahnen hat einführen müssen!

Unter diesen Umständen war es zweifellos richtig, daß man den Stütz deutschen Kohlenyndikats sofort verlegte. Freilich muß verhindert werden, daß damit der Abbau der Zwangswirtschaft für Kohle eingeleitet wird. Wir glauben aber nicht, daß ein Mensch ernsthaft einen solchen Gedanken verfechten kann, der die katastrophalen Folgen einer freien Kohlenwirtschaft bei der gegenwärtigen und sich durch die Ruhrbesetzung noch verschärfenden Kohlenknappheit übersieht.

Ueberhaupt werden sich die deutschen Wirtschaftsführer stärker als bisher der Tatsache bewußt werden müssen, daß mit der Besetzung der Ruhr die deutsche Volkswirtschaft in einen Zustand einrückt, wie er ähnlich nur während des Krieges bestanden hat. Mit einer Minderung der Kohlenförderung infolge der störenden Eingriffe des Ingenieurkomitees ist fraglos zu rechnen. Zu mindesten kommen die Ueberschichten in Fortfall. Auf der anderen Seite steht die wirtschaftliche Begleiterscheinung aller politischen Erschütterungen, die Deutschland in der letzten Zeit gesehen hat, nämlich die Entwertung der Mark mit ihren entsetzlichen Folgen auf die allgemeine Preisgestaltung. Eine unabsehbare Teuerung steht bevor, die von den breiten Massen mit ihrer geschwächten Kaufkraft nicht zu ertragen ist. Der Reichskanzler hatte durchaus recht, wenn er im Auswärtigen Ausschuß auf die Notwendigkeit einer verschärften Wucherbekämpfung hinwies. Es ist aber dringender zu fordern, daß den Worten bald Taten folgen. Die zuständigen Stellen müssen sich darüber klar werden, ob und inwieweit eine Wiederherstellung der Kriegszwangswirtschaft erforderlich ist. Es müßte ernsthaft erzwungen werden, auf welche Weise die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen und Lebensmitteln des Auslandes durchgeführt werden kann. Wir befinden uns darin jetzt zweifellos in einer günstigeren Lage als während des Krieges, wo durch die Blockade Deutschland von den fremden Zufuhren so gut wie abgeschnitten war. Aber die Mangelwirtschaft droht wieder mit ihren überstürzten Preissteigerungen, mit der Anarchie am Warenmarkt, mit Wuchergewinnen der Sachwertbesitzer und mit der Verelendung wachsender Volkschichten. Man kann hundertmal das Volk zu Befonnenheit mahnen, die Erbitterung muß wachsen und nicht weniger die Gefahr von Unruhen und Konflikten, auf die Frankreich jetzt wartet. Deshalb wird es starker Eingriffe in das gesamte Wirtschaftsgeschehen bedürfen, um die größten Ausschreitungen am Warenmarkt zu verhindern. Die Fehler, die bei der Kriegszwangswirtschaft gemacht worden sind, dürfen nicht davon abschrecken, andere gemeinwirtschaftliche Eingriffe zu versuchen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Und selbst wo der Weg nicht zum Ziele führt, wirkt zweckbewußtes Handeln auf die Volksmassen beruhigender als abwartende Untätigkeit.

Darum ist zu wünschen, daß man sich über die wirtschaftlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung angefangen der harten Prüfung, die dem deutschen Volke bevorsteht, bald klar wird. Eine Welle der Empörung und der Erbitterung, die sich in berechtigten Protesten gegen die französischen Gewaltakte Luft schafft, geht durch das Land. Im Innern redet man von einer Einheitsfront. Gerade in der Arbeiterschaft sind ihre Gegner zahlreich nach den furchtbaren Enttäuschungen, die die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre über das deutsche Volk gebracht hat. Um so mehr sollte es Pflicht eben der bürgerlichen Politiker sein, die Vorbedingungen dafür zu schaffen, daß die durch ihre bisherige Haltung eingetragenen Mißstände nicht noch größer werden und die Klassengegensätze verschärfen. Die Lohnpolitik der Unternehmer in der letzten Zeit läßt auf solche Einsicht nicht schließen. Um so mehr muß man ihnen zurufen: die Wirtschaft ist friedlos durch das Vorgehen der fremden Imperialisten geworden. Verhütet, daß auch das Volk unter dem Druck der wachsenden Not, die es zu tragen hat, friedlos werde!

Korrespondenzen.

Hamburg. Was Solidarität vermag. Unsere Verwaltung war um die Weihnachtszeit in der Lage, an die arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen, als auch an die ausgepöbelten Kranken und Schwachen über eine halbe Million Mark zu verteilen. Außerdem wurde fast allen Unterhübsungsempfänger ein Quantum Naturalien eingehändigt. Wenn auch das Gebotene nur einem Tropfen auf einen heißen Stein gleicht, so wurde aber doch um die Weihnachtszeit die Not der Arbeitslosen und Kranken wenigstens etwas gemildert. Das erklärt sich am besten aus den vielen Dankesbezeugungen, die dem Vorstand seitens der Unterstützten übermüht wurden.

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Protestveranstaltungen gegen das Schankstättengesetz fanden statt, mit Teilnahme unserer Organisation, in München, Hamburg, Koblenz.

Bräuervereinsversammlung. Die Generalversammlungen der Bräuervereine Pommern und Mecklenburg in Königsberg

i. Pr. haben dem Antrag auf Verschmelzung der beiden Bräuervereine zugestimmt.

Gitta U. G. in Berlin. Unter dieser Firma ist mit 6 Mill. Mark Grundkapital von der Firma J. M. Gitta G. m. b. H. und der offenen Handelsgesellschaft in Firma D. Sandmann eine neue Aktiengesellschaft gegründet worden. Zu den Begünstigten gehören außerdem u. a. Generaldirektor Ignaz Nacher (Engelhardt-Bräuerei), die Engelhardt-Bräuerei U. G., Kommerzienrat Gitta und Direktor Julius Fleminger. Der Interessengemeinschafts- und Lieferungsvertrag der Gitta G. m. b. H. mit der Engelhardt-Bräuerei bleibt auch im neuen Unternehmen unberührt.

Kapitalerhöhung beantragen: Bayrische Nährmittel- und Mühlenwerke Gunglshausen um 8 auf 13,5 Mill. Mark, Dortmunder Ritterbrauerei um 8 Mill. Mark, Deutsche Bierbrauerei U. G. von 12,5 auf 31 Mill. Mark, Hölzelbrauerei Düsseldorf um 5 Mill. Mark, Bergschloßbrauerei Berlin um 3,3 auf 6,3 Mill. Mark. Dortmunder Ritterbrauerei um einen noch unbestimmten Betrag.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Vereinfachung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit. Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf über die Vereinfachung der allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifverträgen zugegangen. Der Entwurf schlägt vor, daß bei Abänderungen allgemeinverbindlicher Tarifverträge, die ausschließlich eine Anpassung der geldlichen Leistungen an die Teuerungsvhältnisse enthalten, von der vorherigen Bekanntmachung und der Einsetzung einer Einspruchsfrist abgesehen werden kann. Die Anwendung des vereinfachten Verfahrens soll aber ausgeschlossen sein, wenn das Abkommen eine Änderung des Systems, der Anpassung oder Änderungen anderer mit der Lohnregelung nicht in Zusammenhang stehenden Bestimmungen bringt. Voraussetzung für die Anwendung des vereinfachten Verfahrens ist, daß der Antrag von sämtlichen Vertragsparteien gestellt wird, oder daß zum mindesten von keiner der vertragschließenden Parteien Einwendungen erhoben werden.

Vollwirtschaftliches, Soziales.

Arbeiterzeitungen zur Alkohol- und Abstinenzfrage. Der „Dresdener Volkszeitung“ Stedenpferd ist schon lange die Behandlung der Alkoholfrage in abstinenten Sinn. Die Nr. 13 vom 16. Januar brachte einen Bericht von der auch von unserer Organisation zum 15. Januar einberufenen Protestversammlung gegen das Schankstättengesetz, das abstinentenmäßig zugerichtet, die Trockenlegung Deutschlands einleiten soll. In dem Bericht wird u. a. gesagt, daß von den Referenten „natürlich auch das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit der in den in Frage kommenden Berufen Tätigen vorgeführt“ wurde, „aber doch mehr nur als Verhüllung der wahren Sorge vor der Beschneidung des Kapitalistenprofites“.

Unsere Organisation stellt sich also in die Reihe der Protestler gegen abstinentenmäßige Anmaßung, ganze Industrien zu vernichten, lediglich aus Sorge vor der Beschneidung des Kapitalistenprofites. Von der Abgeschmacktheit abgesehen, empfindet man eine solche Stellungnahme nicht selbst als recht — einseitig? Und fühlt man nicht die Verpflichtung zu lernen, bevor man in „öffentliche Meinung“ auf diesem Gebiete macht?

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“, Berlin O. 27, Schilderstraße 6 IV. Fernsprecher: Amt Königsplatz 275

Diese Woche ist der 4. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Erhöhung der Sitzungsgelder.

Mit sofortiger Wirkung sind die Sitzungsgelder erhöht, und zwar:

- 1. Für Sitzungen, Kassenrevisionen, Kartellstiftungen, Vertrauensmännerstiftungen, sowie für ähnliche Zusammenkünfte am Ort werden bis zu 100 M. zuzüglich Fahrgehalt bezahlt.
2. Verhandlungen aller Art und Betriebsbesprechungen im Ortsbereich und der angrenzenden Vororte bis zur Dauer von 4 Stunden werden je bis zu 120 M. zuzüglich Fahrgehalt bezahlt.
3. Dauern solche unter 2 genannten Verhandlungen (nicht auch Betriebsbesprechungen) länger als vier Stunden, so daß dadurch das Einnehmen einer Mahlzeit unterwegs notwendig wird, erhöhen sich die Sätze je nach Umständen und Dauer bis zu 170 M. zuzüglich Fahrt.
4. Dienstreisen außerhalb des Ortes und der angrenzenden Vororte bei einer Entfernung bis zu 30 Kilometern und bei einer Gesamtdauer bis zu sechs Stunden einschließlich Fahrt werden bis zu 170 M. zuzüglich Fahrt entschädigt.
Diese Sätze behalten so lange Gültigkeit, bis sie vom Vorstand geändert bzw. Beirat geändert werden.

Verband der statistischen Karten.

Der Verband der statistischen Karten an die Ortsvereine erfolgt zukünftig für ein Vierteljahr nur je einmal. Es kommen Ende Januar 1923 die Karten zum Verband zur Berichterstattung für die Monate Januar, Februar, März 1923. Dabei ist von den Ortsvereinsvorständen darauf zu achten, daß zum Bericht immer die richtige Karte benutzt wird.

Es ist zu berichten über die zwei ersten Monate im Quartal durch eine graue Karte. Über den letzten Monat (März, Juni, September, Dezember) je durch die mitgelieferte gelbe Karte.

Geschmigte Lokalbeiträge.

Thema 5 M. ab 1. Januar, Heften 5 M. ab 1. Januar, Ortsrat 6 M., Darlehen 5 M. ab 1. Januar, Eder 5 M., Gumbinnen 10 M. ab 1. Januar, Oberglogau

5 M., Ueterfen 10 M. ab 3 Woche, Calbe 4 M., Jugendliche 2 M. ab 1 Februarwoche, Eignitz männliche 5 M., weibliche 3 M. ab 1. Januar, Altenstein 5 M., Altschiffenburg 18 M. ab 1. Januar, Rottenburg o. d. T. 6 M., Landsbut i. B. 10 M. ab 1. Januar, Braunschweig 20 M., ab 1. Januar, Nordhausen 20 M., Krafow 3 M. ab 1. Januar, Schwabach 15 M. ab nächster Erhöhung des Beitragsbeitrages; Neubrandenburg 5 M. ab 1. Februar, Neustadt 3 Proz. des Beitragsbeitrages ab 1. Februar.

Ergebnisse

mußte bezahlt werden: Norden 38 M., Hamburg 6 M., Danzig 10 M., Leipzig 40 M., Calbe 40 M., Elmshorn 40 M., Queblinburg 40 M., Schleußig 20 M., Jasterburg 80 M., Remagen 50 M., Lubes 80 M., Bernstadt 40 M., Erfangen 50 M., Bernstadt 40 M., Gera 80 M., Briezen 40 M., Holzwinden 40 M.

Der Vorstandsvorsitz.

Eingänge der Hauptkasse

vom 15. bis 20. Januar.

(Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 12 079 Brauerei- und Mühlenarbeiter G. m. b. H., Berlin O. 27.)

Bremerhaven 4542,-; Bad Köpen 22 169,95; Bremerhaven 29 258,50; Donaueschingen 19 670,65; Düsseldorf 500 000,-; Eberswalde 40 465,47; Glad 25 755,-; Kaiserslautern 65 680,-; Lubes 51 750,-; Naumburg 739,70; Prignitz 29 634,-; Reichenbach 101 000,40; Sangerhausen 41 611,-; Sprottau 39 874,25; Suhl 14 665,-; Kreuzburg 815,-; Naumburg 171,-; Oranienburg 347,-; Jüdischheim 4800,-; Berlin 662,95; Augsburg 242 765,-; Bamberg 91 743,-; Camburg 29 766,92; Celle 31 353,-; Coburg 16 488,80; Danzig 300 604,80; Dessau 102 365,90; Elberfeld 200 000; Frankfurt a. d. O. 82 068,-; Gießen 40 000,-; Grabow 8995,75; Kulmbach 72 441,85; Lahr 52 734,50; Löwenberg 12 848,50; Lüneburg 24 981,-; Namslau 51 559,-; Ribnitz 12 877,96; Rudolfstadt 27 691,03; Saarau 34 048,-; Salungen 15 861,50; Salzweil 25 473,50; Schwabach 42 000,-; Schweinfurt 90 000,-; Schwennigen 39 498,-; Schwertin 47 151,15; Sigmaringen 27 980,-; Wernigerode 12 412,-; Wesel 34 912,-; Zwickau 100 000,-; Salzweil 471,-; Hildburghausen 48,-; Gotha 1520,-; Schivelbein 13 723,20; Margradowa 1502,-; Dresden 820 000,-; Nürnberg 980 000,-; Budow 5683,-; Cottbus 27 634,60; Flensburg 86 603,-; Gleiwitz 46 197,-; Gräblich 27 014,-; Hindenburg 86 770,-; Kalkenkirchen 5498,25; Lauenburg i. B. 26 760,75; Münster 250 000,-; Neubrandenburg 36 377,10; Neustadt a. d. Dosse 3840,40; Oberglogau 5262,-; Oldenburg 50 000,-; Oppeln 66 493,50; Ratibor 132 676,-; Ueterfen 35 505,-; Wittenberge 33 452,-; Ratibor 1219,-; Stralkund 189,-; Cottbus 600,-; Berlin 20 000,-; Wesel 205,-; Lahr 106,-; Berlin 38 035,-; Spremberg 603,-; Arnstadt 34 215,60; Calbe 22 356,-; Cassel 94 179,10 und 105 820,90; Demmin 10 327,50; Gadebusch 13 400,-; Gorkau 28 334,90; Grünstadt 47 405,-; Hof 128 531,50; Kronach 24 012,50; Landau 11 794,-; Lauterberg 65 996,50; Mülheim a. Ruhr 50 000,-; Neumünster 102 795,50; Nordlingen 29 755,-; Oelsnitz 70 025,-; Prenzlau 11 975,50; Ravensburg 23 631,-; Schönebeck 74 485,56; Sonneberg 98 145,60; Treptow a. R. 9125,75; Ueterfen 20 000,-; Waldshut 23 440,50; Queblinburg 442,-; Berlin 200 000,- und 1 282 511,- und 6792,- und 6143,75 und 8474,-; Hamburg 2 838 415,-; Dessau 14 718,-; Lübeck 21 309,-; Burtshude 567,60; Schönebeck 510,-; Stolp 1545,60; Würzburg 110 422,-; Altenstein 11 296,60; Bernstadt 17 008,-; Bremerörde 9000,-; Crefeld 204 476,-; Eichenau 98 866,53; Elchwege 18 457,-; Finsterwalde 78 486,15; Göttingen 14 303,50 und 14 095,-; Güstrow 32 726,-; Karlsruhe 419 973,-; Körnem 40 000,-; Lauterbach 55 131,88; Ogersheim 23 964,-; Schweinfurt 7423,80; Speyer 96 422,-; Stolp 32 078,43; Traunstein 58 387,-; Nürnberg 385 840,-; Düsseldorf 150 680,-; Grimma 34 889,-; Eignitz 47 106,85; Jöhoe 9444,50; Passau 5451,-; Birmahens 9277,-; Plauen i. V. 45 359,-; Unterweißbach 12 375,-; Wittenberg 48 743,- M.

Aus den Bezirken und Ortsvereinen.

Niederbarn-Bezirk. Die Vertrauensleute und Mitglieder werden aufgefordert, allwöchentlich die Beiträge zu sammeln und zu bezahlen, damit die Kassen sich mit den Marken danach richten können.

Briefkasten.

D., Mainz. Die letzte Sendung stimmt hoch. Aber wieviel fehlen noch?

Nachruf. Am 12. Januar starb infolge Schlaganfall der Kollege Friedrich Wstrath Bierfahrer der Widder Kupper-Bräuerei im 66. Lebensjahre. Seine letzten Wünsche. Ortsverein Elberfeld-Barmen. Unserem Kollegen Heinz Kirdorf, Sternwirt, nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. Die Kollegen der Germania-Bräuerei, Altschiffenburg.

Unserem Kollegen Josef Reisch zu seinem 25jährigen Arbeitstagenjubiläum in der Eisenerder Wagenmühle die besten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Eiegen.

Brauerholzschuhe werden künstlich ohne Nachnahme bezahlt, um die hohen Nachnahmen zu sparen, wenn die Hersteller die Bezahlung durch ihre Geschäftsführung an mich wählen. Josef Urban, Cham i. B.

Wasserleite Brauereischuhe prima sternweiber, extra starke Sohlen. Paar 7000 M. Versand Nachr. Briefe freibleib. Hans Kellreiter, W i l d e n t, Ledererstr. 5 II. nächst Solbräuhaus

Meinel & Herold Musikinstrumentenfabrik Klingenthal (Sa.) Nr. 270 liefert allerbilligst Ziehharmonikas, Mundharmonik, Mandolinen, Lauten, Zithern, Bandonions usw. 14000 Dankschr. Katalog frei. Aufträge v. M. 10.- an port.

Brauer - Holzschuhfabrik Kant, Vertreter Gg. Dietl, Spandau, Alterstr. 29. Garantiert Sternweiber. Paar 5100 M., mit Doppelsohlen 5600 M. Lager bei Madel, Berlin, Colonnenstraße 8.